

Nachrichtenupe: Der Tanz auf des Messers Schneide

Die Woche vom 28.06 – 02.07.2010 wird zeigen, welche Entwicklung die Weltwirtschaftskrise nehmen wird.

Von Hermann Patzak

Gar manche Bank in Griechenland und Spanien könnte in arge Liquiditätsnot kommen. Vor einem Jahr verlieh die EZB insgesamt 442 Mrd. Euro an die klammen Geschäftsbanken Europas. Am Donnerstag müssen sie dieses Geld wieder zurückzahlen. Auch die Banken in Griechenland und Spanien müssen zurückzahlen, aber die übrigen europäischen Geschäftsbanken leihen ihnen kein Geld mehr, weil sie um die Rückzahlung fürchten müssen. Im Bankenjargon hat sich für diese Situation das Wort Misstrauen eingebürgert. Das besteht insbesondere gegenüber portugiesischen, griechischen, spanischen und irischen Banken. Die bekommen nur noch Kredite von der EZB!

Die Verbindlichkeiten der griechischen Banken gegenüber der EZB betragen heute 16 Prozent aller Verbindlichkeiten, vor zwei Jahren waren es noch weniger als 4 Prozent¹. Einen Großteil der kurzfristigen EZB-Kredite haben die Banken in langfristigen Staatsanleihen angelegt. Das war eigentlich ein gutes Geschäft, denn die Kosten der kurzfristigen EZB-Kredite waren mit 1 Prozent wesentlich niedriger als die langfristigen Zinsen aus den Staatsanleihen. Die Anleihen Deutschlands verzinsen sich momentan mit 2,2 Prozent, die Griechenlands mit 10 Prozent, die Spaniens mit 4,05 Prozent. Wenn sich also eine Bank mit kurzfristigen Geldern zum Zinssatz 1 Prozent bei der EZB eindeckt und damit z.B. spanische Anleihen kauft, die ihr eine Rendite von über 4 Prozent bringen, dann erzielt sie bei diesem Geschäft eine Rendite von über 300 Prozent.

Diese Finanzierung verstößt zwar gegen die grundlegende und bewährte „Goldenen Finanzierungsregel“ der Betriebswirtschaftslehre, die vorschreibt, dass langfristige Anlagen nicht mit kurzfristigen Geldern finanziert werden dürfen. Aber welcher Banker kümmert sich heute, in Zeiten der weltweiten Globalisierung, noch um die altbewährten Finanzierungsregeln, wenn die schnelle und hohe Rendite winkt? Die großen internationalen Banken, die wie die Deutsche Bank z.B., Eigenkapitalrenditen von 25 Prozent und mehr versprechen, gieren geradezu nach solchen Geschäften. Je höher ihre Rendite, desto höher ihr Ansehen, desto größer ihre Expansionsmöglichkeiten auf dem Weltmarkt. Wenn sie sich dem Trend der Renditesteigerung nicht anschließen, droht ihnen die Eliminierung durch Aufkauf!

In Toronto treffen sich zur Zeit die Politiker der G-20 Staaten, um über effektive Kontrollen (Regulierungen) der Finanzmärkte zu beraten. Aber dass die große Geldschwemme durch die Notenbanken aller Länder, die den Zusammenbruch des Finanzsystems verhindern sollte, den Geschäftsbanken die Möglichkeit gab, die Rendite (unter Verstoß gegen die Goldenen Finanzierungsregel) zu steigern, das steht nicht auf ihrer Tagesordnung. Alle Regierungen, ohne Ausnahme, haben die Versorgung der Geschäftsbanken mit großen Mengen billiger Kredite durch die Zentralbanken gutgeheißen. Davon geht aber jetzt die Gefahr des Banken- und Staatsbankrottes in der fortgeschrittenen Phase der Krise aus und nicht von den Spekulanten und den Hedgefonds, auf die die Politiker den Zorn des Volkes lenken wollen, um von dem eigenen Versagen abzulenken.

Die jetzige Verstärkung der Krise – mittlerweile ist eine Staatschuldenkrise aus ihr geworden – hat primär politische Ursachen. Denn es waren die Politiker, die gewählt wer-

¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28.06.2010 Seite 16.

den wollten, weshalb sie den Wählern materielle Vorteile versprochen, die sie nur mit hohen und ständig steigenden Staatsschulden finanzieren konnten. In Deutschland hat diese Politik der Wahlgeschenke durch permanente Staatsschuldenerhöhung zum ersten Mal in den späten 1960er Jahren eingesetzt, als die Sozial-liberale Koalition an die Macht gekommen war. Diese Methode wurde unter dem Vorwand der Keynes'schen Vollbeschäftigungspolitik Standard in allen Demokratien. In den USA kamen noch die weltweiten „Befreiungs- und Demokratisierungskriege“ hinzu, die finanziert werden mussten, bevor sich die Regierung gezwungen sah, zum Zweck der „sozialen Ruhigstellung“ den Eigenheimbau zu fördern. Die Finanz- und anschließende Wirtschaftskrise hat nun aufgedeckt, was unter dem Mantel stetigen Wirtschaftswachstums im Verborgenen an stetigem Wildwucher angewachsen war.

Kommen wir zurück zur aktuellen Staatsschuldenkrise in Europa. Jetzt, da die Gläubiger erkennen müssen, dass die ersten Staaten ihre Schulden nicht mehr zurückzahlen können, sinkt der Wert dieser Staatsanleihen – sprich Forderungspapiere in ihrem Besitz. Zehnjährige griechische Staatsanleihen werden derzeit mit 75 Cent je Euro Nennwert gehandelt, d.h. die Gläubiger müssen 25 Prozent ihrer Forderungen abschreiben. Später vielleicht sogar noch mehr. Aber die Gläubiger-Banken bräuchten die ganzen 100 Prozent, um die Schulden zurückzubezahlen, mit denen sie den Kauf der Staatsanleihen finanziert haben. Je größer diese Gläubiger sind, desto riskanter könnte ihr Zusammenbruch wegen Zahlungsunfähigkeit sein, weil sie andere Banken und Versicherungen, bei denen sie ihrerseits Verbindlichkeiten haben, in den Strudel der Zahlungsunfähigkeit (Domino-Effekt) mit hineinziehen können. Man nennt dies systemisches Risiko, denn sie gefährden das ganze Finanzsystem. Um den totalen Zusammenbruch der Finanzmärkte zu verhindern, werden die Staaten – sprich die Steuerzahler – ihre Banken wieder retten müssen. Nach der Erstellung des Rettungsschirms für die überschuldeten Euro-Länder steht also die erneute Bankenrettung wieder an.

Hinzu kommt, dass die beiden Rettungsschirme für Griechenland und die anderen Euro-Länder durch ihre alleinige Existenz die Notwendigkeit der Rettung nicht werden verhindern können. Die Kosten für die Absicherung von Forderungen gegen Griechenland sind schon wieder auf dem Rekordniveau angelangt das sie vor der Bürgschaft durch die EU und die anderen Euro-Länder erreicht haben. Die Rendite der griechischen Titel stieg auf mehr als 10 Prozent, wodurch sich der Abstand zu Bundesanleihen, den man als Risikoprämie verstehen kann, auf 7,8 Prozentpunkte erhöhte. Wie schlecht es um Spaniens Zahlungsfähigkeit bestellt ist, hat die US-Bank Goldman-Sachs ausgerechnet. Die Bank schätzt die liquiden Mittel des spanischen Staates Ende Juni auf 9,2 Milliarden Euro. Dem stünden Mittelabflüsse von 13,5 Milliarden Euro aus dem Haushaltsdefizit und 8,2 Milliarden für die Tilgung von Anleihen gegenüber, woraus sich eine Finanzierungslücke von insgesamt 12,6 Milliarden Euro ergibt.

Es ist nur eine Frage der Zeit, wann die erste der hochverschuldeten Banken und der nächste zahlungsunfähige Euro-Staat Hilfe benötigen wird. Das könnte schon in dieser Woche geschehen.

© www.hpatzak.de 28.06.2010

Epilog: Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Finanzgeschäfte.

Am 28.06.2010 wurde bekannt, dass die Siemens-AG eine eigene Hausbank gründen wird. Jahrelang hatte die Siemens-Geschäftsführung zuschauen müssen, wie die aus dem

realen Produktionsprozess erarbeiteten Gelder, die das Unternehmen bei seinen Partner-Banken zwischenspartete (kurzfristige Gelder), von diesen mit hoher Rendite für langfristige Anlagen (siehe oben) oder für Spekulationszwecke angelegt wurden. Das ist auch die Masche, mit der in den letzten Jahren in den USA und England in zunehmendem Maß Einkommen erzeugt und das Bruttoinlandsprodukt gesteigert wurde, obwohl die reale Güterproduktion ständig zurück ging, weil sie international nicht mehr wettbewerbsfähig ist.

In der Frankfurter Allgemeine Zeitung² vom 29.06.2010 wurde der Gründungsplan von Siemens von Rüdiger Köhn sehr treffend kommentiert: „Das nervte das Management, selbst wenn Zinsgewinne aus Kapitalanlagen die mageren Erträge aus dem operativen Geschäft in den Schatten gestellt hatten.[...]. Es ist ein Misstrauensvotum gegen eine Branche, die dem Investmentbanking und renditeträchtigen Kapitalanlagen von billigem Geld höhere Priorität einräumt als der finanzwirtschaftlich notwendigen Unterlegung einer real produzierenden Wirtschaft.“

Die notwendigen Schlussfolgerungen aus dieser Entwicklung, dass das herkömmliche Bankensystem in einer globalkapitalistischen Welt die Produktionsfaktoren fehlleitet – von der realen Güterproduktion zu Finanztransaktionsgeschäften – sollten der Heerschar der Lehrstuhlökonomien Anlass zum Nachdenken geben. Dieser Prozess führt nicht nur zu einer Umverteilung der Einkommen zwischen den Branchen innerhalb einer Volkswirtschaft, der auch das reale Wirtschaftswachstum mindert. Nicht zu vergessen ist die Einkommensumverteilung zwischen den Volkswirtschaften (Nationen), die damit verbunden ist: Volkswirtschaften, in denen die Finanzgeschäfte im Vergleich zur Güter- und Leistungserstellung im Vordergrund stehen, können die Renditen viel leichter erhöhen – und damit das Volkseinkommen insgesamt – als jene Volkswirtschaften, in denen die Einkommen vorwiegend durch die industrielle Güterproduktion entstehen. Diese transferieren (exportieren) dann ihre Güter in jene Länder, in denen mit Finanztransaktionen gutes und leichtes Geld verdient wird.

Lustig ist es zu beobachten, dass diese Importüberschussländer sich über die angeblich aggressive Exportpolitik jener Länder beschwerten, die ihnen die Güter zur Erhöhung des Lebensstandards liefern. Sehr sonderbar ist es, dass jene Länder mit den permanenten Exportüberschüssen gar nicht merken, wie sie als Güterlieferanten ausgebeutet werden, wie einstmals die Kolonien der Kolonialmächte. Zuerst hat man sie als Exportweltmeister gelobt, seit Neustem werden sie dafür gescholten, dass sie die Importüberschussländer dazu verführt haben (US-Präsident Obama und Frankreichs Finanzministerin Lagarde), über ihre Verhältnisse zu leben.

Es fehlt nur noch, dass sich Kanzlerin Merkel dafür entschuldigt, dass die Deutschen in Höhe der Exportüberschüsse auf Konsum verzichten und für ihren momentanen Lebensstandard mehr arbeiten dürfen als sie bekommen, schließlich verdanken sie dieser Produktion für die anderen Volkswirtschaften, dass sie nicht arbeitslos sind.

© www.hpatzak.de 29.06.2010

² Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29.06.2010 Seite 16.